

Jugendstrafvollzugsrecht

Kommentierende Darstellung der einzelnen Jugendstrafvollzugsgesetze

Bearbeitet von
Prof. Dr. Heribert Ostendorf

3. Auflage 2016. Buch. 742 S. Softcover

ISBN 978 3 8487 2011 8

[Recht > Strafrecht > Jugendstrafrecht, Jugendstrafvollzugsrecht](#)

schnell und portofrei erhältlich bei



Die Online-Fachbuchhandlung beck-shop.de ist spezialisiert auf Fachbücher, insbesondere Recht, Steuern und Wirtschaft. Im Sortiment finden Sie alle Medien (Bücher, Zeitschriften, CDs, eBooks, etc.) aller Verlage. Ergänzt wird das Programm durch Services wie Neuerscheinungsdienst oder Zusammenstellungen von Büchern zu Sonderpreisen. Der Shop führt mehr als 8 Millionen Produkte.

NOMOSPRAXIS

Ostendorf [Hrsg.]

Jugendstrafvollzugsrecht

Handbuch

3. Auflage



Nomos

NOMOS PRAXIS

Prof. Dr. Heribert Ostendorf [Hrsg.]

Universität Kiel, Generalstaatsanwalt a.D.

Jugendstrafvollzugsrecht

Kommentierende Darstellung der
Landesgesetze zum Jugendstrafvollzug

Handbuch

3. Auflage

Dr. jur. Christian Bochmann, Referent Rechtsfragen, Dresden | **Marius Fiedler**, Dipl.-Psychologe, Dipl.-Soziologe, Lic. és sociologie (Paris); EU-Strafvollzugsexperte; vormals Leiter der Jugendstrafanstalt Berlin, Lehrbeauftragter an Berliner Hochschulen und der Universität Lüneburg | Staatsanwalt **Jochen Goerdeler**, Leiter des Referats für Maßregelvollzug, Psychiatrie u.a. im Sozialministerium Schleswig-Holstein, vormals Staatsanwalt und Referent für vollzugliche Gesetzgebung im Justizministerium Schleswig-Holstein | **Dr. phil. Anne Kaplan**, Dipl.-Rehabilitationspädagogin, Universität Köln sowie TU Dortmund | **Prof. Dr. jur. Heribert Ostendorf**, Professor für Strafrecht; vormals Leiter der Forschungsstelle für Jugendstrafrecht und Kriminalprävention, Universität Kiel; vormals Jugendrichter und später Generalstaatsanwalt in Schleswig-Holstein | **Dr. phil. Stefanie Roos**, Dipl.-Pädagogin; Oberstudienrätin im Hochschuldienst an der TU Dortmund; Vertretungsprofessur an der Universität zu Köln | **Prof. Dr. jur. Frank Guido Rose**, Direktor des Amtsgerichts Ratzeburg; Honorarprofessor an der Universität Kiel | **Susan Vogel**, Rechtsanwältin, Dipl.-Sozialpädagogin; Lehrbeauftragte an der Fachhochschule Potsdam | **Prof. Dr. päd. Philipp Walkenhorst**, Universität zu Köln | **Dr. jur. Joachim Walter**, Rechtsanwalt; vormals Leiter der Justizvollzugsanstalt Adelsheim | **Dr. jur. Natalie Willsch**, Staatliches Amt für Landwirtschaft und Umwelt Mecklenburgische Seenplatte, Neubrandenburg



Nomos

<http://www.nomos-shop.de/24284>

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-8487-2011-8

3. Auflage 2016

© Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2016. Printed in Germany. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten.

Vorwort zur 3. Auflage

Seit dem Erscheinen der 2. Auflage im Frühjahr 2012 hat es eine Vielzahl von Gesetzesänderungen zum Jugendstrafvollzug gegeben. In den Ländern Brandenburg, Rheinland-Pfalz, Thüringen und Sachsen-Anhalt wurden gänzlich neue Gesetze verabschiedet, wobei die Regelungen zum Jugendstrafvollzug in Gesamt-Justizvollzugs gesetzen integriert sind. Die neue Gesetzeslage ist Grundlage der Erläuterungen in dieser 3. Auflage. Zugleich wurde der Entwurf des Berliner Jugendstrafvollzugsgesetzes mitberücksichtigt. Die zunehmende Zersplitterung der Rechtsmaterie in den Ländergesetzen macht die Zusammenfassung in einem Handbuch nicht einfacher, aber umso notwendiger, wenn man den Überblick behalten will. Die Erläuterungen von Gernot Kirchner hat Dr. Joachim Walter nunmehr in alleiniger Autorenschaft übernommen, ebenso Dr. Natalie Willsch von Johannes Sandmann sowie Jochen Goerdeler von Dr. Thilo Weichert. Die Religionsausübung erläutern Dr. Christian Bochmann und ich zusammen, die Erläuterungen zum Unmittelbaren Zwang habe ich allein übernommen. Für die redaktionelle Aufbereitung bedanke ich mich bei meiner Mitarbeiterin Dr. Carmen Lööck.

Kiel, im März 2016

Heribert Ostendorf

Vorwort zur 2. Auflage

Die Neuauflage des Handbuchs wurde notwendig, weil in Baden-Württemberg und Hamburg neue Gesetze zum Jugendstrafvollzug verabschiedet wurden und auch in anderen Ländergesetzen Novellierungen erfolgt sind. Ebenso haben sich die Daten zur Praxis des Jugendstrafvollzugs verändert. Hinzu kommen eine Reihe von Monographien und Einzelbeiträgen in Sammelwerken und Fachzeitschriften, die für die 2. Auflage ausgewertet wurden. Rechtsprechung zum Jugendstrafvollzug wurde nur ganz vereinzelt veröffentlicht, was angesichts der geringen Beschwerdemacht gerade junger Gefangener kein Beweis für korrekte Befolgung der Gesetze in der Praxis bedeutet. Umso mehr ist eine kritische wissenschaftliche Begleitung geboten. Aus dem Autorenteam sind die Kollegen Gernot Kirchner und Johannes Sandmann aus persönlichen Gründen ausgeschieden. Die Bearbeitung der Beiträge von Gernot Kirchner hat Dr. Joachim Walter, die Bearbeitung des Beitrages von Johannes Sandmann hat Dr. Natalie Willsch übernommen. Für die redaktionelle Aufbereitung bedanke ich mich bei meiner Mitarbeiterin Carmen Lööck.

Kiel, im April 2012

Heribert Ostendorf

Vorwort

Vorwort zur 1. Auflage

Seit vielen Jahren haben Fachleute das Fehlen eines Jugendstrafvollzugsgesetzes beklagt. Jugendrichter haben in Vorlagebeschlüssen zum Bundesverfassungsgericht auf den verfassungswidrigen Zustand hingewiesen. Erst mit der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 31.5.2006 wurde der Gesetzgeber gezwungen zu reagieren. Gesetzgeber sind nach der so genannten Föderalismusreform die Bundesländer mit Ausnahme der Rechtsmittelregelung, für die der Bund weiterhin zuständig ist. Damit ist eine verwirrende Gesetzeslage entstanden. Die 16 Bundesländer haben zT erheblich voneinander abweichende Gesetze beschlossen, drei Bundesländer haben den Jugendstrafvollzug im Rahmen eines Gesamtstrafvollzugsgesetzes geregelt.

Auf diese Situation will das vorliegende Handbuch zum Jugendstrafvollzug für die Praxis eine Antwort geben und informativer Ratgeber sein. Es werden die Ländergesetze im Einzelnen dargestellt, miteinander verglichen und bewertet. Die wichtigsten Regelungen werden in synoptischer Form vorgestellt. Bei der Bewertung werden internationale und verfassungsrechtliche Vorgaben, die Rechtsprechung und Kommentierung zum bisherigen Jugendstrafvollzug und zum Erwachsenenstrafvollzug sowie die rechtstatsächlichen und kriminologischen Grundlagen beachtet. Zusätzlich werden Hinweise auf die Regelungen in Österreich und der Schweiz gegeben.

Das Handbuch wurde interdisziplinär von Wissenschaftlern und Praktikern aus dem Jugendstrafvollzug sowie der Strafjustiz erstellt. Wir wollen damit nicht nur die Rechte und Pflichten der Gefangenen und der Bediensteten im Jugendstrafvollzug sowie der Helfer und Therapeuten von außerhalb bestimmen, wir wollen damit auch die Praxis im Sinne eines Förder- und Resozialisierungsstrafvollzuges unterstützen und zu einem „Besten-Vollzug“ beitragen. Ihn gilt es in der Praxis umzusetzen, um die Gesellschaft vor zukünftigen Straftaten der jungen Gefangenen am effektivsten zu schützen. Hierbei ist nach der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts „der Gesetzgeber zur Beobachtung und nach Maßgabe der Beobachtungsergebnisse zur Nachbesserung verpflichtet“. Auch zur Nachbesserung wollen wir Anstöße geben.

Kiel, im Mai 2008

Heribert Ostendorf

Inhaltsübersicht

Vorwort	5
Inhaltsverzeichnis	9
Autorenverzeichnis	25
Abkürzungsverzeichnis	27
Literaturverzeichnis	31
Vorbemerkungen	67
<i>Ostendorf</i>	
§ 1 Grundlagen	119
<i>Ostendorf</i>	
§ 2 Vollzugsplanung	145
<i>Ostendorf</i>	
§ 3 Unterbringung und Versorgung	193
<i>Walter</i>	
§ 4 Schule, Ausbildung, Arbeit	239
<i>Willsch</i>	
§ 5 Freizeit, Medien, Sport	311
<i>Fiedler/Vogel</i>	
§ 6 Religionsausübung	388
<i>Bochmann/Ostendorf</i>	
§ 7 Außenkontakte	404
<i>Walkenhorst/Roos/Kaplan</i>	
§ 8 Sicherheit und Ordnung	470
<i>Goerdeler</i>	
§ 9 Unmittelbarer Zwang	534
<i>Ostendorf</i>	
§ 10 Erzieherische Maßnahmen, Disziplinarmaßnahmen	558
<i>Rose</i>	
§ 11 Rechtsmittel	616
<i>Rose</i>	
§ 12 Datenschutz und kriminologische Forschung	636
<i>Goerdeler</i>	
§ 13 Organisation	698
<i>Walter</i>	
Stichwortverzeichnis	735

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	5
Inhaltsübersicht	7
Autorenverzeichnis	25
Abkürzungsverzeichnis	27
Literaturverzeichnis	31
Vorbemerkungen	67
I. Historische Entwicklung des Jugendstrafvollzugs	67
II. Internationale und europäische Vorgaben	73
1. Die Bedeutung für das Länderstrafvollzugsrecht	73
2. Rechtsquellen	73
a) Hard-law	73
b) Soft-law	74
III. Verfassungsrechtliche Vorgaben	77
IV. Jugendstrafvollzug in der Praxis	79
1. Gefangenenzahlen	79
2. Gefangenendaten im Bund-Ländervergleich	83
3. Geschlecht, Personenstand, Ausländeranteil	85
4. Deliktsstruktur	87
5. Gefangene im offenen Vollzug	88
a) Absolute Zahlen	88
b) Bund-Ländervergleich	88
6. Belegungsfähigkeit und tatsächliche Belegung	89
a) Geschlossener Vollzug	89
b) Offener Vollzug	90
7. Vollzugslockerungen und Hafturlaub	91
8. Dauer der Haftzeit	91
9. Die psycho-soziale Situation der Gefangenen	95
a) Bildungsstand	95
b) Arbeitserfahrung	97
c) Drogenkonsum bzw Drogenabhängigkeit	98
d) Psychische Störungen und Suizidhäufigkeit	103
10. Behandlungsangebote und Personalsituation	105
11. Anstaltsklima und Umgangston	107
12. Rückfälligkeit	108
V. Jugendvollzugseinrichtungen in Deutschland	110
§ 1 Grundlagen	119
I. Gesetzliche Regelungen	119
II. Begrifflichkeiten	122
III. Anwendungsbereich	122

Inhaltsverzeichnis

IV. Ziel und Aufgaben	125
1. Die „Altregelung“ in § 91 Abs. 1 JGG aF und ihre Vorläufer	125
2. Nicht realisierte Gesetzesentwürfe	125
3. Die neuen Definitionen	127
a) Bedeutung	127
b) Unterscheidung von Ziel und Aufgaben bzw Aufträgen	127
c) Die Gesetzeslage	128
d) Zukünftiges Legalverhalten	129
e) Schutz der Allgemeinheit	131
f) Erziehungsauftrag bzw Erziehungsziel	132
V. Mitwirkung der Gefangenen am Vollzugsziel	134
1. Die Gesetzeslage	134
2. Einzelverpflichtungen	135
3. Pädagogische Einwände	136
4. Rechtliche Einwände	136
a) Keine Abstriche am Resozialisierungsprogramm	136
b) Unbestimmte Generalverpflichtung	137
c) Verstoß gegen das Autonomieprinzip	137
5. Belohnung anstatt Disziplinierung?	138
VI. Grundsätze der Vollzugsgestaltung	139
1. Rechtsqualität	139
2. Die Regelung im Strafvollzugsgesetz	139
3. Die neuen Grundsätze für den Jugendstrafvollzug	140
VII. Rechtsstellung der Gefangenen	141
1. Gesetzesvorbehalt	141
2. Mitwirkungsrechte des Gefangenen	142
VIII. Elternrechte	143
IX. Kooperationsverpflichtung	144
 § 2 Vollzugsplanung	145
I. Zeitlicher Ablauf des Vollzugs	146
II. Aufnahmeverfahren	147
1. Ladung zum Strafantritt	147
2. Aufnahme	148
III. Diagnoseverfahren	150
IV. Vollzugsplan	150
V. Geschlossener oder offener Vollzug	153
1. Definition	153
2. Die Regelung nach dem Strafvollzugsgesetz	153
3. Jugendstrafvollzug in freien Formen	154
4. Die Neuregelungen der Länder	155
VI. Sozialtherapie	163
1. Gesetzliche Regeln	163
2. Konzept	168
3. Vollzugspraxis	170

Inhaltsverzeichnis

4. Effizienzbewertung	174
VII. Therapeutische Maßnahmen/Soziales Training	175
1. Auftrag des Vollzugs	175
2. Die Umsetzung in den Ländergesetzen	175
3. Die Umsetzung in der Praxis	176
a) Einzelbetreuung (Patenschaft)	176
b) Gruppenbetreuung (Soziales Training).....	176
c) Allgemeine soziale Trainingskurse	176
d) Spezielle soziale Trainingskurse	177
aa) Sexualtätertherapie	177
bb) Drogentätertherapie.....	178
cc) Gewalttätertherapie	179
VIII. Soziale Hilfen	181
IX. Vollzugslockerungen	182
1. Zielsetzung	182
2. Definition	182
3. Die Regelungen im Einzelnen	183
4. Vollzugspraxis	186
X. Entlassung	187
1. Bedeutung	187
2. Vorzeitige Entlassung und Vollverbüfung mit und ohne Führungsaufsicht	188
3. Entlassungszeitpunkt	189
4. Entlassungsvorbereitung	190
5. Entlassungsnachbetreuung	191
6. Entlassungsbeihilfe	192
§ 3 Unterbringung und Versorgung	193
I. Vorbemerkung.....	193
II. Die Versorgung der Gefangenen im Spiegelbild der gesellschaftlichen Diskussion	193
III. Unterbringung der Gefangenen	195
1. Unterbringung während der Ausbildung, Arbeit und Freizeit	195
a) Die gesetzlichen Regelungen	195
b) Gemeinsame Arbeit, schulische und berufliche Ausbildung.....	196
c) Gemeinsame Freizeit	196
d) Ausschluss aus der gemeinsamen Freizeit	197
2. Einzelunterbringung während der Ruhezeit/Einschluszeit	199
IV. Der Haftraum	203
1. Grundsatz.....	203
2. Die Rechtsprechung	204
3. Die Haftraumtür	204
4. Toilettenbereich	204
5. Haftraummobiliar und Haftraumgestaltung.....	205
6. Der Gemeinschaftshaftraum.....	205

Inhaltsverzeichnis

V. Ausstattung des Haftraums durch den Gefangenen; persönlicher Besitz	206
1. Gesetzliche Regelung	206
2. Überschaubarkeit und Kontrollierbarkeit des Haftraums	207
a) Aus der Sicht der Gefangenen	208
b) Aus der Sicht der Bediensteten	208
3. Ausschluss von Gegenständen	209
a) Ausschluss aus Gründen der Sicherheit oder Ordnung	209
b) Ausschluss aus Gründen der Gefährdung des Vollzugsziels/ Erziehungsauftrags	210
4. Persönlicher Gewahrsam	210
a) Allgemeine Wertgrenzen	211
b) Besitzkarten	211
VI. Der Einkauf	211
1. Die Gesetze der Bundesländer	211
2. Durchführung des Einkaufs	212
3. Erstversorgung bei der Aufnahme	214
4. Ergänzende Regelungen	214
VII. Die Wohngruppe	215
1. Gesetzliche Regelungen	215
2. Die Wohngruppe als Gestaltungsprinzip	217
3. Lernen in der Gruppe der Gleichaltrigen	218
4. Größe der Wohngruppe	218
5. Räumlichkeiten der Wohngruppe	219
6. Wohnliche Ausgestaltung	220
7. Gesetzliche Ausschlussgründe aus dem Wohngruppenvollzug	221
8. Personal in der Wohngruppe	221
VIII. Kleidung der Gefangenen	222
1. Die gesetzlichen Regelungen	222
2. Die Praxis in den Jugendstrafvollzugsanstalten	225
3. Allgemeine Zulassung eigener Kleidung	225
a) Pädagogische Überlegungen	225
b) Überlegungen zur Sicherheit	226
c) Kauf von Kleidung durch Vermittlung der Anstalt	226
4. Kosten der Kleidung	226
IX. Verpflegung der Gefangenen	227
1. Die gesetzlichen Regelungen	227
2. Ergänzende Verwaltungsvorschriften	228
3. Die ärztliche Überwachung des Essens	229
4. Essen und Anstaltsklima	229
5. Das gemeinsame Essen	230
6. Religiöse Speisegebote	231
7. Besondere Kostformen aus medizinischen Gründen	231

Inhaltsverzeichnis

X. Medizinische Versorgung	231
1. Grundsätze	231
2. Besondere gesetzliche Vorgaben für den Jugendstrafvollzug	232
3. Probleme der Praxis	233
a) Die Krankmeldung im Vollzugsalltag	233
b) Psychisch auffällige Gefangene	233
c) Substanzabhängigkeit	234
4. Gesundheitsprävention	234
5. Informations- und und Beteiligungspflichten gegenüber Personensorgeberechtigten	238
 § 4 Schule, Ausbildung, Arbeit	239
I. Überblick	240
II. Internationale Vorgaben	241
1. Mindestgrundsätze für die Behandlung der Gefangenen der Vereinten Nationen vom 13.5.1977	241
2. Mindestgrundsätze der Vereinten Nationen für die Jugendgerichtsbarkeit („Beijing-Rules“) vom 29.11.1985	242
3. Regeln der Vereinten Nationen zum Schutz von Jugendlichen unter Freiheitsentzug vom 14.12.1990	243
4. Empfehlung des Europarates, Europäische Strafvollzugsgrundsätze 2006	244
III. Im Einzelnen: Schule, Ausbildung, Weiterbildung und Arbeit	246
1. Synopse	246
2. Grundaussagen	255
3. Weitere Regelungen	256
4. Staatliche Verpflichtung, Anspruch und Verpflichtung der Gefangenen	256
5. Aufarbeitung persönlicher Defizite	259
6. Besonderer Schulungsbedarf	260
7. Differenzierter Schulangebot	262
8. Diagnoseverfahren	263
9. Organisation	264
10. Förderschule	264
11. Hauptschulabschluss	265
12. Berufliche Ausbildung	266
13. Berufsvorbereitende Maßnahmen	270
14. Arbeit, arbeitstherapeutische Beschäftigung, sonstige Beschäftigung	270
15. Fortführung der Maßnahmen nach der Entlassung	271
16. Finanzierung	271
17. Freies Beschäftigungsverhältnis, Selbstbeschäftigung	273
IV. Im Einzelnen: Gelder der Gefangenen, Freistellung von der Arbeit	274
1. Synopse	274
2. Grundaussagen	298

Inhaltsverzeichnis

3.	Arbeitsentgelt, Ausbildungsbeihilfe und Freistellung von der Arbeit	298
4.	Überbrückungsgeld	301
5.	Haftkostenbeitrag und sonstige Kostenbeteiligung.....	304
6.	Taschengeld, Hausgeld, Eigengeld, Sondergeld	306
a)	Taschengeld	306
b)	Hausgeld	307
c)	Eigengeld	308
7.	Sondergeld	308
8.	Höhe der Vergütungsstufen	309
9.	Sozialversicherung	310
§ 5	Freizeit, Medien, Sport	311
I.	Überblick	315
II.	Regelungen der einzelnen Bundesländer	318
III.	Freizeit	323
1.	Der Begriff „Freizeit“	323
2.	Rechtsgrundlagen	324
3.	Rechtstatsächliche Situation	331
IV.	Zeitungen und Zeitschriften.....	336
1.	Rechtsgrundlagen	336
2.	Rechtstatsächliche Situation	341
V.	Hörfunk und Fernsehen	342
1.	Rechtsgrundlagen	342
2.	Rechtstatsächliche Situation	353
VI.	Internet	354
1.	Elektronische Kommunikation im Jugendstrafvollzug	354
2.	Rechtsgrundlagen	355
3.	Rechtstatsächliche Situation	366
VII.	Besitz von Gegenständen für die Freizeitbeschäftigung	366
1.	Rechtsgrundlagen	366
2.	Rechtstatsächliche Situation	374
VIII.	Sport	378
1.	Bedeutung des Sports im Jugendstrafvollzug	378
2.	Rechtsgrundlagen	380
3.	Rechtstatsächliche Situation	385
§ 6	Religionsausübung	388
I.	Zielsetzung	388
II.	Grundaussagen	388
III.	Verfassungsrechtliche Grundlagen	389
IV.	Internationale Aussagen zur Religionsfreiheit	392
1.	Hard Law	392
2.	Soft Law	392

Inhaltsverzeichnis

V. Anspruch auf Betreuung durch einen Seelsorger	393
1. Sachlicher Anwendungsbereich	394
2. Anspruchsrichtung	394
3. Persönlicher Anwendungsbereich	395
VI. Recht zum Besitz religiöser Schriften und Gebrauchsgegenstände	395
1. Religiöse Schriften	395
2. Entzug	395
3. Religiöse Gebrauchsgegenstände	396
4. Angemessener Umfang	397
VII. Recht auf Teilnahme an religiösen Veranstaltungen	398
VIII. Ausschluss von religiösen Veranstaltungen	399
1. Ausschluss aus überwiegenden Gründen der Sicherheit oder Ordnung	399
2. Kein automatischer Ausschluss durch Disziplinarmaßnahmen	400
3. Kein faktischer Ausschluss	400
IX. Seelsorger	401
1. Allgemeines	401
2. Aufgaben	401
3. Rechte und Pflichten	402
X. Weltanschauungsgemeinschaften	403
 § 7 Außenkontakte	 404
I. Einleitung	405
II. Zielsetzungen	409
III. Kriminologische Aspekte	411
IV. Rechtstatsächliche Befunde	414
V. Regelungsinhalte	420
1. Internationale und nationale Mindeststandards zur Förderung von Außenkontakten	420
2. Besuche	421
4. Besuchsverbot	430
5. Besuche von Verteidigern, Rechtsanwälten und Notaren/Einbezug der JGH	433
6. Überwachung der Besuche	437
7. Schriftwechsel	447
8. Telekommunikation	455
9. Pakete	462
VI. Rechtsmittel	467
VII. Fazit	468
 § 8 Sicherheit und Ordnung	 470
I. Grundlagen	471
1. Begriffsbestimmung „Sicherheit und Ordnung“	471
2. Die Aufrechterhaltung von Sicherheit und Ordnung als ganzheitliche Aufgabe	472

Inhaltsverzeichnis

II. Regelungssystematik	474
III. Grundsätze	477
1. Grundlage für Erziehung und Förderung	477
2. Verhältnismäßigkeitssatz	479
IV. Verhaltensvorschriften	481
1. Mitverantwortung	481
2. Tageseinteilung	483
3. Gehorsampflicht	483
4. Bereichszuweisung, Aufenthaltpflicht	485
5. Pflegliche Behandlung des Haftraums und von Anstaltssachen	486
6. Meldepflicht	486
V. Absuchung, Durchsuchung	487
1. Begriff und Bedeutung	487
2. Durchsuchung ohne Anlass	488
3. Durchsuchungen des Haftraums	490
4. Durchsuchung mit Entkleidung im Einzelfall	492
5. Allgemeine Anordnungen von Entkleidungsdurchsuchungen	494
VI. Sichere Unterbringung	495
VII. Erkennungsdienstliche Maßnahmen	498
1. Die Ermächtigungsnorm	498
2. Erhebungszwecke	499
3. Maßnahmen der Datenerhebung	501
4. Kenntnis des Gefangenen, Ermessen, Verhältnismäßigkeit der Datenerhebung	503
5. Speicherung und Verarbeitung	504
6. Löschungsregelung	504
VIII. Lichtbildausweise	504
IX. Maßnahmen zur Feststellung des Suchtmittelkonsums	505
1. Die Ermächtigungsnorm	505
2. Begrifflichkeiten	507
3. Voraussetzungen und Durchführung von Drogenscreenings	509
4. Auferlegung der Kosten	511
X. Festnahmerecht	511
XI. Besondere Sicherungsmaßnahmen	512
1. Rechtsnatur	512
2. Gefahrentatbestände	514
a) Von dem Gefangenen ausgehende Gefahren	514
b) Gefahren, die nicht von dem Gefangenen selbst ausgehen	516
3. Ermessensausübung, Verhältnismäßigkeit	517
4. Anordnung und Verfahren	519
5. Die Maßnahmen im Einzelnen	522
a) Entzug oder Vorenhaltung von Gegenständen	522
b) Beobachtung der Gefangenen	523
c) Absonderung von anderen Gefangenen, Einzelhaft	524
d) Entzug oder Beschränkung des Aufenthalts im Freien	527

e) Besonders gesicherter Haftraum ohne gefährdende Gegenstände	528
f) Fesselung.....	528
XII. Ersatz von Aufwendungen	530
XIII. Rechtsschutz	532
§ 9 Unmittelbarer Zwang	534
I. Vorbemerkungen	534
1. Rechtswirkung.....	534
2. Zielsetzung	535
3. Normgenese	535
II. Begriffsbestimmungen	535
1. Unmittelbarer Zwang	536
2. Körperliche Gewalt.....	536
3. Hilfsmittel körperlicher Gewalt	536
4. Waffen	538
III. Voraussetzungen	539
1. Allgemeine Voraussetzungen	539
a) Unmittelbarer Zwang gegen Gefangene	540
aa) Vollzugs- oder Sicherungsmaßnahme	540
bb) Akzessorietät	540
cc) Subsidiarität	540
b) Unmittelbarer Zwang gegen andere Personen.....	541
2. Verhältnismäßigkeitsgrundsatz	541
a) Geeignetheit.....	542
b) Erforderlichkeit	542
c) Angemessenheit	543
3. Androhung	543
a) Androhungsgrundsatz	543
b) Ausnahmesituationen	544
IV. Handeln auf Anordnung	544
V. Unmittelbarer Zwang aufgrund anderer Regelungen.....	545
VI. Schusswaffengebrauch	546
1. Schusswaffengebrauch durch Vollzugsbedienstete gegen Jugendstrafegefange...	546
a) Die Regelungen im Ländervergleich	546
b) Zielsetzung	547
c) Spezialregelung des Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes	547
d) Spezialregelung der Androhung	548
e) Potenzielle Anwendungsfälle	548
aa) Nichtablegen einer Waffe oder eines anderen gefährlichen Werkzeugs	548
bb) Unternehmen einer Meuterei.....	549
cc) Fluchtvereitelung und Wiederergreifung	549

Inhaltsverzeichnis

2. Schusswaffengebrauch durch Vollzugsbedienstete gegen andere Personen	550
3. Rechtsstaatliche Erwägungen	550
VII. Zwangsmaßnahmen auf dem Gebiet der Gesundheitsfürsorge.....	551
1. Spezialfall des unmittelbaren Zwangs	551
2. Begriffsbestimmung	552
3. Zielsetzung	552
4. Voraussetzungen	553
a) Maßnahmen ohne körperlichen Eingriff	553
b) Maßnahmen mit körperlichem Eingriff.....	553
aa) Lebensgefahr oder schwerwiegende Gesundheitsgefahr des Gefangen	553
bb) Alternativ: Gesundheitsgefahr für andere Personen	554
cc) Zumutbarkeit für alle Beteiligten	554
dd) Keine erhebliche Gefahr für den Gefangen	554
ee) Verhältnismäßigkeit	554
5. Recht und Pflicht zur Vornahme medizinischer Zwangsmaßnahmen	555
6. Einzelfälle	555
a) Zwangsernährung bei Hungerstreik	555
b) Suizidprophylaxe	556
c) Aids-Test	556
d) Beruhigungsmittel/Psychopharmaka	556
e) Urintest/Rektoskopie.....	557
7. Leitungs- und Anordnungskompetenz	557
 § 10 Erzieherische Maßnahmen, Disziplinarmaßnahmen.....	558
 Erster Teil: Erzieherische Maßnahmen	558
I. Regelungsinhalt	558
1. Länder mit gesonderten Jugendstrafvollzugsgesetzen.....	558
2. Länder mit kombinierten Gesetzen für Jugend- und Erwachsenenvollzug	559
3. StVollzG	559
II. Zielsetzung	559
III. Rechtstatsachen	561
IV. Rechtliche Charakterisierung	562
V. Anordnungsvoraussetzungen	564
1. Formell-gesetzliche Zuständigkeit und Verfahrensstandards	564
2. Materiell	565
VI. Anwendungsfolgen	566
1. Beispieldeskataloge	566
2. Konnex zwischen Pflichtverstoß und erzieherischer Maßnahme – „Spiegelung“	567
3. Eingriffsintensität	568
VII. Vollzug der Maßnahme	568

VIII. Grundlegende Bedenken gegen die Einführung von erzieherischen Maßnahmen	569
IX. Rechtsmittel.....	572
Zweiter Teil: Disziplinarmaßnahmen	
I. Regelungsinhalt	573
II. Zielsetzung	575
III. Kriminologische Erkenntnisse	575
1. Untersuchung in Nordrhein-Westfalen	575
2. Untersuchung in Sachsen	577
IV. Rechtstatsachen	578
1. Konstanz der bundesweiten Gesamtzahl der Disziplinarmaßnahmen	578
2. Varianz der Disziplinarmaßnahmen nach Bundesländern, Anstalten und Jahreslängsschnitt	578
3. Unterschiedliche Anwendung von Disziplinarmaßnahmen gegen Jugendliche und Erwachsene	580
4. Neuere Forschung speziell zum Jugendstrafvollzug	582
5. Geringe Rechtsmittelquote.....	582
V. Verfassungsrechtliche Grundlegung	582
1. Originäre Aussagen des BVerfG für den Jugendvollzug	582
2. Auf den Jugendvollzug übertragbare Grundsätze des BVerfG für den Erwachsenenvollzug	583
a) Verstoß gegen essenzielle Verhaltensregeln	583
b) Strafahnliche Sanktion.....	583
aa) Aufgabe	584
bb) Zweck	584
cc) Anknüpfungspunkt.....	585
(1) Qualifizierung	585
(2) Bestimmtheit.....	586
c) Zwischenergebnis	586
3. Konturierung von Disziplinarmaßnahmen im Jugendvollzug durch internationale Abkommen	587
VI. Anordnungsvoraussetzungen	587
1. Formell	587
a) Zuständigkeit	587
b) Verfahren	589
aa) Allgemeine Verfahrensregeln	589
bb) Besondere Verfahrensregeln	591
(1) Verbreiterte Erkenntnisgrundlage bei schweren Pflichtverstößen	592
(2) Konsultation eines Arztes.....	593
cc) Eröffnung der Entscheidung	593
2. Materiell	594
a) Regelungstechnik	594
b) Inhalt	596

Inhaltsverzeichnis

aa) Überblick	596
bb) Einzelprobleme der Kataloge	597
(1) Akzessorietät zwischen Disziplinartatbestand und Straftaten bzw Ordnungswidrigkeiten	597
(2) Entweichen als disziplinarisch relevanter Verstoß	598
(3) Disziplinarmaßnahmen bei Verweigerung einer Urinkontrolle	601
(4) Kleine Generalklausel	602
(5) Heterogener Schweregrad der Verstöße	602
VII. Anwendungsfolgen	603
1. Opportunitätsprinzip	603
2. Arten der Disziplinarmaßnahmen	604
a) Überblick	604
b) Bewertung einzelner Disziplinarmaßnahmen	605
aa) Medienkonsum, Freizeitgestaltung in der Anstalt und Einkauf	605
bb) Verweis	605
cc) Hausgeld	606
dd) Schule und Beruf	606
ee) Aufenthalt während der Freizeit	607
ff) Verkehr mit Personen außerhalb der Anstalt	608
gg) Streichung von Belohnung oder Anerkennung bei fehlender Mitarbeitbereitschaft an der Erreichung des Vollzugszieles	609
hh) Arrest	611
VIII. Vollstreckung und Vollzug	612
1. Regelfall der sofortigen Vollstreckung	613
2. Regelungen zur Vollstreckung des Arrestes	613
IX. Rechtsmittel	615
§ 11 Rechtsmittel	616
I. Vorbemerkung: Rechtsschutz und Rechtsmittel	616
II. Regelungsinhalt	617
III. Zielsetzung	617
IV. Kriminologische Erkenntnisse	619
V. Entsprechende Geltung von Normen des StVollzG	619
1. Rechtswegeröffnung	619
2. Antragsart	620
3. Antragsbefugnis	620
4. Verwaltungsvorverfahren als besondere Zulässigkeitsvoraussetzung	620
5. Zuständigkeit des angerufenen Gerichts	620
6. Form	620
7. Frist	621
8. Beteiligtenfähigkeit	621

Inhaltsverzeichnis

9. Einstweiliger Rechtsschutz	621
10. Verfahren des Gerichts	622
a) Verfahrensart	622
b) Verfahrensgrundsätze	622
11. Rechtsmittel gegen die erstinstanzliche Entscheidung	622
VI. Abweichungen bei Rechtsbehelfen im Vollzug der Jugendstrafe	622
1. Stellung des Erziehungsberechtigten und des gesetzlichen Vertreters	623
2. Verfahren zur gütlichen Streitbeilegung vor dem Antrag auf gerichtliche Entscheidung	624
3. Zuständigkeit der Jugendkammer	627
4. Entscheidung durch Beschluss nach beantragter Anhörung oder fakultativer mündlicher Verhandlung von Amts wegen	629
5. Einzelrichter	630
6. Kosten	631
7. Rechtsbeschwerde	633
8. Vollstreckung der gerichtlichen Entscheidungen	634
 § 12 Datenschutz und kriminologische Forschung	 636
I. Vorbemerkung	638
1. Das Recht auf informationelle Selbstbestimmung im Jugendstrafvollzug	638
2. Regelungssystematik und Begriffe	639
II. Allgemeine Ermächtigung zur Datenverarbeitung	645
1. Generalklausel	645
2. Einwilligung	647
III. Datenerhebung – Grundsätze und weitere Regelungen	648
1. Der Grundsatz der Direkterhebung und Ausnahmen davon	648
2. Belehrung und Aufklärung	650
3. Daten von Nichtgefangenen	650
4. Unterrichtungspflicht über Datenerhebung	651
IV. Grundsätze und Regelungen zur weiteren Datenverarbeitung	651
1. Allgemeines	651
2. Verarbeitung zu vollzugsähnlichen Zwecken – Fiktion der Zweckidentität	652
3. Weitere Verarbeitung zur Gefahrenabwehr, Strafverfolgung und Strafvollstreckung	652
4. Übermittlungsbefugnis für die Erfüllung anderer öffentlicher Aufgaben	653
5. Übermittlungsbefugnisse an Geschädigte, Gläubiger und sonstige Dritte	654
6. Aktenüberlassung	655
7. Einschränkungen der Verarbeitung und Nutzung	655
8. Verantwortung für die Übermittlung, Zweckbindung	655
9. Allgemeine Kenntlichmachung	656

Inhaltsverzeichnis

V. Videoüberwachung, Auslesen von Datenspeichern	657
1. Außen-Sicherheitsanlagen	659
2. Verkehrsflächen und Gemeinschaftsräume	659
3. Besuchüberwachung	660
4. Überwachung von Haft- und Beobachtungsräumen	660
VI. Automatisierte Übermittlungs- und Abrufverfahren	662
VII. Schutz besonderer Daten	663
1. Regelungssystematik	663
2. Berufliche Schweigepflicht	663
3. Einschränkung der beruflichen Schweigepflicht – Offenbarungspflicht	666
a) Einschränkung der Schweigepflicht durch eine Offenbarungspflicht	666
b) Offenbarungspflicht zum Schutz höherrangiger Rechtsgüter	666
c) Offenbarungspflicht aus vollzuglichen Gründen	667
d) Erforderlichkeit der Offenbarung	668
e) Offenbarungsadressat	669
f) Eingeschränkte Offenbarungspflicht der Ärzte	669
g) Unterschiedliche Schutzniveaus in den Landesgesetzen	669
4. Verfassungsverträglichkeit	670
5. Sonstige Offenbarungsbefugnisse, Unterrichtungspflicht	671
6. Zweckbindung beim Empfänger	672
7. Externe Schweigepflichtige	672
VIII. Daten in Akten und Dateien	672
1. Kenntnis der Bediensteten von personenbezogenen Daten	672
2. Technisch-organisatorischer Schutz von Akten und Dateien	673
a) Technisch-organisatorische Schutzmaßnahmen	673
b) Schutz personenbezogener Daten vor unbefugten Zugriffen	673
c) Organisatorische und bauliche Schutzmaßnahmen	674
d) Aktenorganisation	675
IX. Benachrichtigung, Löschung und Sperrung	676
1. Löschung und Sperrung nach Fristablauf	676
2. Nachberichtspflicht, allgemeine Grundsätze der Datenkorrektur ...	677
X. Auskunft an den Betroffenen, Akteneinsicht	678
1. Allgemeines	678
2. Inhalt und Umfang des Auskunftsanspruchs	679
3. Recht auf Akteneinsicht	681
4. Ausnahmen der Auskunfts- und Akteneinsichtserteilung	681
5. Akteneinsichtsrechte des Rechtsanwaltes	683
XI. Anwendung der Landesdatenschutzgesetze	683
1. Allgemeines	683
2. Datenschutzkontrolle	685
XII. Kriminologische Forschung	686
1. Verpflichtung zur kriminologischen Forschung	686
2. Kriminologischer Dienst und kriminologische Forschung	688

3. Übermittlung personenbezogener Daten zu wissenschaftlichen Zwecken	692
a) Voraussetzungen der Übermittlungsbefugnis	692
b) Übermittlungsmodalitäten	694
4. Umgang mit den Forschungsdaten (§ 476 Abs. 4-7 StPO)	695
5. Datenschutzkontrolle bei privaten Empfängern (§ 476 Abs. 8 StPO)	696
XIII. Rechtsschutz	696
§ 13 Organisation	698
I. Organisation und Vollzugsziel	698
II. Die Eigenständigkeit des Jugendstrafvollzuges	699
III. Die Organisation der Jugendstrafanstalt	700
1. Organisatorische Selbstständigkeit	700
2. Größe einer Jugendstrafvollzugsanstalt	704
3. Bauliche Gestaltung und äußere Umgebung	704
4. Belegungsfähigkeit und Verbot der Überbelegung	705
IV. Die innere Struktur	706
1. Entwicklung aus militärischen Strukturen	706
2. Die Gesamtverantwortung der Anstaltsleitung	706
3. Die Leitungsprinzipien	709
4. Führen mit Zielen	710
5. Werkzeuge	710
6. Controlling	712
7. Die Kosten-Leistungsrechnung	712
8. Das Budget der Anstalt	713
a) Die Bedeutung der handelnden Personen	713
b) Probleme des alten Haushaltsrechts	714
c) Die Budgetvereinbarung	714
d) Delegation von Budgetverantwortung innerhalb der Anstalt	715
e) Kostenverantwortung auch für Gefangene	715
9. Kritik der „Neuen Verwaltungssteuerung“	716
a) Geschichte und Idee	716
b) Vielfalt und Konkurrenz der Ziele	716
c) Gefahren	717
d) Mangelnde gesetzliche Fundierung	718
e) Mangelnde Evaluation	718
V. Vollzugsbedienstete	718
1. Gesetzliche Regelungen	718
2. Das erforderliche Personal	721
3. Eignung sowie Aus- und Fortbildung des Personals	722
4. Die tägliche Arbeit – Anspruch und Wirklichkeit	722
5. Unterstützende Strukturen	724
a) Feste Zuordnung und dezentrale Dienstplangestaltung	724
b) Gesetzliche Regelungen	725

Inhaltsverzeichnis

c) Konferenzen.....	725
d) Die Abteilung als Strukturelement	726
6. Der Grundsatz der Zusammenarbeit	726
7. Übertragung von Aufgaben an Private	727
VI. Aufsichtsbehörde	728
VII. Gefangenennmitverantwortung und Selbstverwaltung	729
VIII. Anstaltsbeirat	730
IX. Vollzug an weiblichen Jugendstrafgefangenen	731
1. Ausbildungsmöglichkeiten	732
2. Differenzierung nach besonderem Hilfebedarf	733
Stichwortverzeichnis	735

Autorenverzeichnis

Bochmann, Dr. jur. Christian

Referent Rechtsfragen, Dresden

Fiedler, Marius

Dipl.-Psychologe, Dipl.-Soziologe, Lic. és sociologie (Paris); EU-Strafvollzugsexperte; vormals Leiter der Jugendstrafanstalt Berlin, Lehrbeauftragter an Berliner Hochschulen und der Universität Lüneburg

Goerdeler, Jochen

Leiter des Referats für Maßregelvollzug, Psychiatrie u.a. im Sozialministerium Schleswig-Holstein; vormals Staatsanwalt und Referent für vollzugliche Gesetzgebung im Justizministerium Schleswig-Holstein

Kaplan (geb. Bihs), Dr. phil. Anne

Diplom-Rehabilitationspädagogin; Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl Erziehungshilfe und Soziale Arbeit der Universität zu Köln sowie am Lehrstuhl Soziale und Emotionale Entwicklung in Rehabilitation und Pädagogik der Technischen Universität Dortmund

Ostendorf, Prof. Dr. jur. Heribert

Professor für Strafrecht; vormals Leiter der Forschungsstelle für Jugendstrafrecht und Kriminalprävention, Universität Kiel; vormals Jugendrichter und später Generalstaatsanwalt in Schleswig-Holstein

Roos, Dr. phil. Stefanie

Dipl.-Pädagogin; Oberstudienrätin im Hochschuldienst am Lehrstuhl Soziale und Emotionale Entwicklung in Rehabilitation und Pädagogik der Technischen Universität Dortmund sowie Vertretungsprofessorin am Lehrstuhl Erziehungshilfe und Soziale Arbeit der Universität zu Köln

Rose, Prof. Dr. jur. Frank Guido

Direktor des Amtsgerichts Ratzeburg; Honorarprofessor an der Universität Kiel

Vogel, Susan

Rechtsanwältin in Berlin, Dipl.-Sozialpädagogin; Lehrbeauftragte an der Fachhochschule Potsdam

Walkenhorst, Prof. Dr. päd. Philipp

Professor für Erziehungshilfe und Soziale Arbeit, Department Heilpädagogik und Rehabilitation der Humanwissenschaftlichen Fakultät, Universität zu Köln

Walter, Dr. jur. Joachim

Rechtsanwalt in Osterburken; vormals Leiter der Justizvollzugsanstalt Adelsheim

Autorenverzeichnis

Willsch, Dr. jur. Natalie

Staatliches Amt für Landwirtschaft und Umwelt Mecklenburgische Seenplatte, Neu-
brandenburg